

DIPL.-ING. JOSEF RIEGLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

II- 6518 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 1. Februar 1989
1011, Stubenring 1

Zl. 16.930/153-IA10/88

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR
Auer und Kollegen, Nr. 3106/J
vom 13. Dezember 1988 betreffend
Ausweitung der ÖKO-Flächen-Aktion

3055/AB
1989 -02- 02
zu 3106 J

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Leopold Gratz

Parlament

1017 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Auer und Kollegen, Nr. 3106/J betreffend Aus-
weitung der ÖKO-Flächen-Aktion, beehre ich mich wie folgt zu
beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Nachstehend angeführte Betriebe haben sich an der Grünbrache-
aktion im Jahre 1988 beteiligt:

<u>Bundesland</u>	<u>Anzahl der Betriebe</u>	<u>Aktionsfläche in ha</u>
NÖ.	1.530	4.721
Bgld.	952	2.383
OÖ.	324	948
Stmk.	715	1.208
Knt.	119	539
Summe	3.640	9.799

- 2 -

Zu den Fragen 3, 4 und 5:

Die Zielsetzung der gegenständlichen Maßnahmen ist, durch ein- bis mehrjähriges Aussetzen in der Bewirtschaftung besonders intensiv genutzter Ackerflächen, eine Reduzierung der in der Verwertung kostenaufwendigen Getreideüberschüsse, verbunden mit einer Bodenerholung, zu bewirken.

In der entsprechenden Richtlinie des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft betreffend Förderung der Anlage von Grünbrachen 1988/89 wird jedoch auf die Wahrung der Interessen des Wildschutzes hinsichtlich der zeitlichen Vornahme der als unerlässlich anzusehenden Pflegemaßnahmen ausdrücklich hingewiesen.

Die vorgeschlagene Ausweitung der Grünbracheaktion auf ökologisch besonders interessante und wertvolle Flächen geht über die oben dargestellte Zielsetzung hinaus. In Würdigung der von einigen Stellen in diesem Sinne bereits an mich herangebrachten Vorschläge, die auf die Schaffung sogenannter "Öko-Wertflächen" abzielen, habe ich mich bereits an die Agrarreferenten der Bundesländer gewendet und sie aufgefordert, auf Landesebene diesbezüglich aktiv zu werden. Eine finanzielle Unterstützung durch den Bund könnte in Erwägung gezogen werden.

Der Bundesminister:

